Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags, Festtags u. Montags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jede Woche „Haus Hof Garten", jeden Freitag farb. ill. Witzblatt „ULK". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Finnlands; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Post monatlich 15.— M. einschl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatlich 15.— M. bei tägl. zweimaliger Zustellung durch Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatl. f. das Inland 25.— M. u. Ausland 28.— M. Im Falle höh. Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben uns. Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Berlin u. Vororten abonn. man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusal. Straße 46—49 u. den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr. Amt Zentrum 10131—10144, für den Fernverkehr 14207—14209.) Telegramm-Adresse: „Berlible", Berlin.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile M. 5.— u. 60 % Zuschlag, Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen ohne Zuschlag. Nachrufe nach üblichem Tarif. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipz. Str. 103; Potsd. Str. 23; Zimmerstr. 59; Königstraße 56/57; Rosenth. Str. 48; Schönh. Allee 144; Moritzplatz; Köpen. Str. 67/68; Rathen. Str. 3; Turmstraße 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1/6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlttbg.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnb. Str. 25/26; Kaiserd. 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henrietienplatz; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholm. Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 3.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 107 • Ausgabe A Nr. 54
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 107

Sonnabend, 5. März 1921
50. Jahrgang

Beratung über die Wirkung der „Sanktionen".

Keine Veranlassung zur Aenderung der bisherigen Haltung.

Konferenz des Sachverständigenausschusses.

Berlin, 4. März. (W. T. B.)

Unter der Leitung des Reichskanzlers fand heute nachmittag eine Aussprache des Sachverständigenausschusses über die wirtschaftlichen Wirkungen der von der Londoner Konferenz angedrohten Zwangsmaßnahmen statt. Alle Anwesenden waren einer Meinung darüber, daß die Maßnahmen auf das deutsche Wirtschaftsleben schwerste Wirkungen ausüben würden, daß diese Wirkungen aber die Regierung von dem Standpunkt, die Unterschrift von Verpflichtungen abzulehnen, die Deutschland zu erfüllen außerstande sei, nicht abbringen könnten. Bei einer Besprechung, die gleichzeitig der Reichsminister des Innern mit den parlamentarischen Vertretern des besetzten Gebietes abhielt, wurde festgestellt, daß die angekündigten Zwangsmaßnahmen schwer, aber nicht unerwartet seien, und daß die Regierung wegen der zu befürchtenden Schädigungen so weit wie möglich Vorsorge getroffen habe. **Die angedrohten Maßnahmen könnten keine Veranlassung geben, die von der Reichsregierung bisher eingenommene Haltung zu ändern.**

*

Das Reichskabinett trat gestern am Spätnachmittag zusammen, um die vorliegenden Berichte des Dr. Simons und den inzwischen eingegangenen offiziellen Wortlaut der Rede Lloyd Georges zu besprechen. Die Verhandlungen zogen sich bis in die späten Abendstunden hin. Wie wir hören, bestand volle Einmütigkeit darüber, daß die dem Minister Dr. Simons erteilten Vollmachten unverändert bleiben sollen. Der Reichskanzler wird heute im Reichstag erscheinen, um im Namen der Regierung eine Erklärung zu den Verhandlungen in London abzugeben. Alsdann wird sich der Reichstag um einige Stunden vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zu Besprechungen zu geben. Nach Wiederbeginn der Sitzung werden die Parteien ihren Standpunkt darlegen. (Vergleiche auch Seite 8.)

Französische Kommentare zu dem Ultimatum.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 4. März.

Aus den französischen Kommentaren zu dem Ultimatum seien noch zwei erwähnt, der des „Figaro" und der „Humanité". Im „Figaro" schreibt Roujon: „Herr Simons hat wahrscheinlich von Berlin den Auftrag erhalten, die Sanktionen zu vermeiden. Um diese zu vermeiden, wird er unterschreiben. Aber das ist eine deutsche Unterschrift, mehr also nicht. (!) Unterschreiben heißt noch nicht zahlen." In dem gleichen Blatt sagt der Berichterstatter Raimond Recouly, der den Londoner Verhandlungen beiwohnte: „Gestern haben die Deutschen den vierten Teil unserer Forderungen angeboten. Das war lächerlich. Wenn sie am Montag dreiviertel anbieten, können wir — das wollen wir nicht verhehlen — in etwas schwierige Lage kommen." In der „Humanité" urteilt Paul Louis: „Die Sanktionen entsprechen nicht gerade den Wünschen, die von der Elite der französischen Chauvinisten so heftig geäußert wurden. Sie sind eher wirtschaftlicher als militärischer Art. Es sollen nur ein paar Besetzungen erfolgen, wenigstens anscheinend, um den Generalen Genüge zu tun. Aber von der Promenade den Main entlang, von dem Einmarsch in Bayern und der Besetzung des Ruhrgebietes wird kein Wort mehr gesagt. Weder Italien noch Japan wollen von solchen Operationen etwas wissen. Französischer Nationalismus und englischer Geschäftssinn haben die jetzige Situation geschaffen und die Alldeutschen haben kräftig dabei geholfen. Aber im Grunde bedeuten die Sanktionen von London eine Schlappe für den „bloc national". Trotz alledem wird die Revision des Vertrages von Versailles die notwendigste Forderung der Zukunft bleiben."

Brüssel, 4. März.

„Indépendance belge" glaubt, daß ein Teil der alliierten Konferenzteilnehmer aus den Worten Simons' den Eindruck gewonnen hat, daß es Montag nicht zu einem Konflikt kommen wird. In einigen belgischen Zeitungen findet sich die Bemerkung, Simons habe eine Verbesserung der deutschen Gegenvorschläge in Aussicht gestellt.

Erwartung neuer Gegenvorschläge in London.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Brüssel, 4. März.

Der diplomatische Korrespondent der „Daily News" sagt: Die Möglichkeit, daß ein neuer Sprecher für Deutschland in die Bresche springen wird, ist in Betracht zu ziehen. Dr. Simons eigene Stellung ist augenscheinlich sehr schwierig geworden. Es ist aber auch deutlich geworden, was schon öfter angedeutet wurde, daß der Plan vom Dienstag nicht der Plan der deutschen Sachverständigen war, sondern ein Plan, der weniger annehmbar für die Alliierten war. Sogar in der deutschen Delegation und augenscheinlich noch mehr in Berlin fühlt man, daß die deutsche Sache verfahren worden ist, und es wäre nicht überraschend, wenn eine andere Stimmung am Montag im Palast St. James sich hören lassen würde, obgleich vom persönlichen Standpunkt aus das sehr bedauerlich wäre. Der Korrespondent der „Daily News" sagt weiter, daß **von Deutschland neue Gegenvorschläge zu erwarten seien;** das möge man als feststehend betrachten und darauf gründe sich auch das Vertrauen in den alliierten Kreisen, daß eine Lösung zu finden sei. (?) Als mögliche entgegenkommende Vorschläge der verantwortlichen alliierten Kreise bezeichnet der Korrespondent folgende: Daß das Pariser Abkommen jetzt gültig, aber in fünf Jahren neu nachgeprüft werde, und daß Deutschland alle Freiheit in der Bestimmung der Form der Zahlungsleistung gewährt werde; ein anderer Gedanke ist der, die Brüsseler Formel, die die Zahl auch von 15 Milliarden in den nächsten fünf Jahren vorsieht, als Grundlage zu nehmen und spätere Zahlungen durch Schaffung einer Gesamtindexziffer und eines Gesamtminimums vorzubereiten. (Das wäre also, wie schon verschiedentlich vorausgesagt worden ist, der Plan Seydoux). Daß auch von alliierter Seite noch dauernd Versuche gemacht werden, die Verhandlungen endlich auf eine geschäftliche Grundlage zu bringen, könne man trotz aller Donner und Blitze im Saint-James-Palast annehmen. Aber obgleich die Sanktionen für die Alliierten selbst anerkanntermaßen eine sehr bittere Sache sind, sei zu befürchten, daß alles nichts hilft.

Das deutsche Milliardendefizit und die Londoner Verhandlungen.

Der Reichsetat für 1921. — Die Möglichkeit neuer Gegenvorschläge.

Von

Erich Dombrowski.

In dem Augenblick, da Lloyd George die deutschen Gegenvorschläge als „beleidigend und erbitternd" schroff zurückwies, verabschiedete der Reichsrat den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921, ein neues Dokument für Deutschlands geradezu hilflose Finanzlage. Zwar scheint er, auf dem Papier, in seiner Gesamtausgabe mit zwanzig Milliarden Mark weniger abzuschließen. Aber da die Eisenbahnen, die Post und die Reichsdruckerei mit ihrer Defizitwirtschaft und die noch nicht festgesetzten Annuitäten der Wiedergutmachung darin nicht enthalten sind, so wird der Etat in Wirklichkeit nicht nur nicht hinter dem vorjährigen zurückbleiben, sondern ihn ganz erheblich überschreiten. Wie hoch diese Milliardenziffern sind, läßt sich im Augenblick auch nicht einmal schätzungsweise angeben. Der ordentliche Etat ist um etwa sieben Milliarden Mark höher als im laufenden Rechnungsjahre. Er wird durch die regelrechten Steuern gedeckt werden bis auf 3,2 Milliarden, die unter anderem durch eine Erhöhung der Zucker- und der Süßstoffsteuer eingebracht werden sollen. Die größten Kopfschmerzen macht, wie immer, der außerordentliche Etat. Hier haben wir es mit 40,5 Milliarden zu tun, von denen 10,6 aus außerordentlichen Einnahmen bestritten werden, während ein Fehlbetrag von 29,9 Milliarden durch eine Anleihe gedeckt werden soll. Wie, nach dem mißglückten Versuch einer mit allen möglichen Anreizmitteln ausgestatteten Prämienanleihe, diese Anleihe aufgebracht werden soll, wird nicht gesagt. Oder will man den bequemen, aber gefährlichen Weg einer Zwangsanleihe beschreiten? In den erwähnten 10,6 Milliarden außerordentlichen Einnahmen stecken 7,8 Milliarden aus dem Ertrag des Reichsnotopfers. Ursprünglich hatte man, als das Gesetz in der Nationalversammlung beschlossen wurde, daran gedacht, mit dem Reichsnotopfer einen Teil der schwebenden Schuld zu decken. Nun ist man, der Not gehorchend, auch davon abgekommen und wirft auch diese einmaligen Sondereinnahmen in das Danaidenfaß der außerordentlichen Ausgaben. Damit greift man das Kapital an, um augenblickliche Finanzbedürfnisse zu befriedigen. Wenn wir, um nicht bankerott zu werden, nicht nach jedem Strohhalm greifen müßten, so könnte man ein solches Verfahren einen unverantwortlichen Leichtsinn nennen.

Die Schulden des Reiches haben sich unterdessen in einem Ausmaße vermehrt wie die Bazillen bei einem Menschen mit galoppierender Schwindsucht. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth bezifferte sie erst in diesen Tagen mit 300 Milliarden, von denen nur 85,8 fundiert sind. Alle anderen sind schwebend. Zu dem Riesendefizit des Haushaltsplans und zu dieser gewaltigen Pyramide von Schulden treten nun noch, so oder so, vom 1. Mai ab die Milliarden-Jahresleistungen für die Wiedergutmachung. Nur noch Menschen mit starker, mit beinahe ausschweifender Phantasie können sich überhaupt eine greifbare Vorstellung von diesem Ziffernbau machen.

Trotzdem haben Regierung und Sachverständige den Mut gehabt, in Gegenvorschlägen neue ungeheure Milliardenlasten auf die Schultern des deutschen Volkes zu wälzen. Man hat dabei bereits, unseres Erachtens, den Boden der realen Verhältnisse verlassen und Hypotheken auf die Zukunft übernommen, die man im privaten Geschäftsverkehr als sieben- oder achtstellige bezeichnen würde. Man hat aber auf alle Fälle den guten Willen zeigen wollen, selbst über die Grenzen der wahrscheinlichen Leistungsfähigkeit hinaus. Die Gegner haben das nicht anerkannt und sie als völlig indiskutabel bezeichnet. Lloyd George hat die deutschen Delegierten in einer psychologisch klug berechneten Rede aufgefordert, entweder die Pariser Beschlüsse der Entente glatt anzunehmen oder neue Gegenvorschläge zu machen, „die auf anderen Wegen, die befriedigend sind, den Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage gerecht werden, unter Maßgabe der in den Pariser Vorschlägen gemachten Zugeständnisse". Lloyd George hat in derselben Rede auch bereits eine Andeutung gemacht, nach welcher Richtung hin die Entente mit sich reden lassen würde. „Hätte die deutsche Regierung erklärt," sagte er, „42 Jahre ist eine zu lange Zeit, eine Abgabe von 12 Prozent auf unsere Ausfuhr ist nicht die beste Methode, unseren Verpflichtungen nachzukommen oder den Betrag festzustellen, den Deutschland in einem gegebenen Moment zu zahlen fähig ist: Wir haben andere Wege, die uns besser passen, aber ebenso zum Ziele führen — dann hätten wir uns mit der deutschen Abordnung an diesen Verhandlungstisch gesetzt, um ganz ehrlich ihre Gegenvorschläge zu prüfen mit der Absicht, zu einer vernünftigen Einigung zu kommen."

Es hat natürlich keinen Zweck, mit den Beinen zu strampeln und zu sagen: Wir nehmen auch nicht ein Jota von unseren Gegenvorschlägen zurück. Lloyd George hat sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt und uns gewissermaßen die Vorhand gelassen. **Es ist selbstverständlich, daß die deutsche**

Was wir am Rhein denken.

Von [Nachdruck verboten.]

Anton Erkelenz,

Mitglied des Reichstags, Abgeordneter von Düsseldorf-Ost.

Der erste Schlag trifft also uns. Düsseldorf soll besetzt werden, Duisburg soll besetzt werden. Das soll der Anfang der Selbsteinkassierung von 226 Milliarden Gold, von 3400 Milliarden Papier sein. Jetzt wird der Welt eine ins Riesenhafte vergrößerte chinesische Salzsteuerverwaltung vorgeführt, gezeigt werden. Und man wird dann ja sehen, ob fünfhunderttausend Soldaten mit Kanonen und Säbeln zweihundertsechsundzwanzig Milliarden einkassieren können. Die Welt wird auf diesen neuartigen Versuch gespannt sein. Sie wird nach einer Weile finden, daß die Einkassierung jeder einzelnen Milliarde das Zehnfache an Kosten verursacht.

Wir sind uns am Rhein seit langem darüber klar, daß dieser wahnsinnige Versuch einmal gemacht werden mußte, und wissen, daß wir dabei zuerst die Betroffenen sein würden. Uns überrascht das Londoner Diktat nicht. Uns kann die Rede Lloyd Georges nicht erschüttern. Wir hoffen und wünschen dringend, daß sie niemandem in Deutschland schwerer fallen als uns. Die Welt braucht einen solchen Versuch, Armeen zum Gerichtsvollzieher zu machen, um endlich zu erkennen, daß die Machtpolitik keine Reichtümer schaffen kann. Die Regierung mag in Einzelheiten noch nachgeben und weitergehen. **In der Hauptsache muß sie unerschütterlich bleiben und muß ebenso unerschütterlich das ganze Volk hinter sich haben.** Wir wanken nicht trotz Besetzungsgefahr. Beiden Städten ist die Schwierigkeit der Besatzung bekannt. Düsseldorf ist schon seit Dezember 1918 zu etwa einem Fünftel besetzt. Und jeder Einwohner kennt die Folgen für sich und für die Besatzung. In Duisburg liegt es ähnlich. Und die bange Sorge, mit der sich die Besatzung seit jeher auf und in den Rheinbrücken verbarrikadiert, spricht lauter als alles andere, wie der einfache Soldat der Gegenseite das Vorrücken beurteilen wird.

Wir wollen und werden die augenblicklichen Lasten tragen, ertragen müssen, da wir die ungeheuren Dauerlasten nicht tragen können. Eine augenblickliche Erleichterung wollen wir nicht erkaufen durch eine unmögliche Dauerbelastung.

Das Rheinland hat jetzt eine mehr als zweijährige Besetzung bereits ertragen. Es hat gleichzeitig einen Haufen Landesverräter abgeschüttelt und dieser Verseuchung widerstanden. Es wird auch weiter widerstehen, damit nicht die deutsche Arbeiterschaft, die deutsche Wirtschaft und mittelbar auch die Arbeiter in den Feindesländern in ein ungeheures Sklavenjoch eingespannt werden.

Auch wenn wir zuerst und am schwersten darunter leiden, wollen wir, daß Deutschland endlich bekundet, wie unerträglich und unmöglich es ist, unter dem Marterinstrument des Versailler Vertrages weiter zu leben. Wenn der Friedensvertrag nun von der feindlichen Seite selbst offen gebrochen wird, kann man von uns die Hochhaltung des Vertrages nicht beanspruchen.